



BürgerInnenbrief

21. November 2011

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Ein Mandat ist zu Ende +++ Dank +++ Hamburg ist markenfit +++ Haushalt +++ Franz Josef Degenhardt

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



die Hamburger Medien haben vorfristig ausgeplaudert, was ich eigentlich erst in diesem BürgerInnenbrief darstellen wollte: Ich werde zum 30.11.2011 mein Bürgerschaftsmandat zurückgeben. Mein Gesundheitszustand lässt zu wünschen übrig und das so genannte Teilzeitparlament in Hamburg ist eine anstrengende Angelegenheit. Das gilt vor allem für kleinere Fraktionen: Die Kontrolle der Exekutive und politische Initiativen erfordern vollen Einsatz. Trotz aller Widrigkeiten hat die Linksfraktion gezeigt, dass sie auch in der politischen Opposition mitgestalten kann und will. Ich persönlich bin jedoch an einem Punkt, wo dieser Einsatz nicht mehr im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann. Die Fraktion und damit die Bürgerschaft haben zu Recht einen Anspruch, den ich nicht mehr einzulösen vermag.

Die parlamentarische Ebene in Ausschüssen und dem Plenum ist ein wichtiger Aspekt, aber eben nur ein Teil des Aufgabenfeldes der politischen Arbeit. Wir von der LINKEN

haben uns vorgenommen, den BürgerInnen wählbare politische Alternativen vorzustellen, immer ansprechbar für Alltagsprobleme zu sein und sie zu motivieren, sich selbst in politische Entscheidungen und in die Willensbildung einzubringen. Dies erfordert einen zeitlichen Einsatz über das Engagement für das eigentliche Bürgerschaftsmandat hinaus, der häufig nicht wahrgenommen wird – gerade wenn es um die drängenden Alltagsprobleme in den Feldern Wohnen, Stadtentwicklung, soziale Sicherheit und Existenzsicherung geht, die in der Bürgerschaftsarbeit oft nur am Rande vorkommen. Je unempfindlicher eine Verwaltung und die politische Mehrheit auf die existentiellen Probleme zu reagieren bereit sind, desto schwieriger die Aufgabe und der Einsatz des Abgeordneten – zumindest in einer Metropolregion.

Nüchtern bilanziert: Dies ist angesichts einer Periode des »vernünftigen und guten Regierens« eine Belastung, die ich nicht mehr stemmen kann. Die Fraktion hat sich stets als

Team definiert und muss daher ihr politisches Agieren und ihre Zielsetzungen auf voll einsatzfähige Teamplayer gründen. Die Beratungen über den Doppelhaushalt 2011/12 sind ein Einschnitt, der eine zukunftsorientierte Neuformierung der Linksfraktion ermöglicht.

Politische Vertretung wird sich künftig noch mehr um Transparenz bemühen müssen. Abgeordnete sollten sich in BürgerInnenforen und/oder regelmäßigen Informationen – wie beispielsweise dem BürgerInnenbrief – bemühen, die anstehenden Entscheidungen und Entwicklungen zu vermitteln. Wenn diese Anstrengung unterbleibt, wird das Ansehen der PolitikerInnen noch weiter zurückgehen.

Seit 1966 ermittelt das Institut für Demoskopie Allensbach regelmäßig das Ansehen ausgewählter Berufe. Zu den Schlusslichtern der Rangliste zählen neben Bankern (4%) und Fernsehmoderatoren (4%) auch die Politiker. Das Ansehen dieser Berufsgruppe ist in den vergangenen Jahrzehnten langsam, aber kontinuierlich weiter gesunken. In den 1970er Jahren hatten noch mehr als 20% der Deutschen besondere Achtung vor dem Beruf des Politikers, und bis zur Jahrtausendwende lag der Anteil in der Regel zwischen 10 und 20%. Die 6%, die aktuell ausgewiesen werden, sind das Spiegelbild eines Vertrauensverlustes der Bevölkerung in die Politik. Aber die Entfremdung greift viel weiter: Die politischen Parteien, die Parlamente und die Regierungen haben viel von ihrem Ansehen verloren. Viele BürgerInnen trauen ihnen nicht mehr zu, die wirklich wichtigen Probleme in den Griff zu bekommen. Das gilt leider auch für die Partei DIE LINKE, deren einer Gründungsteil, die WASG, einst auf den Weg gebracht wurde, um diesen Vertrauensverlust zu stoppen. Es gibt sicherlich keinen einfachen Ausweg aus dieser Entfremdung zwischen

BürgerInnen, Parteien, den Abgeordneten und der parlamentarischen Willensbildung. Ich bin in den zurückliegenden Jahren häufig auf meine Bewertung von politischen Problemen und letztlich das Abstimmungsverhalten angesprochen worden. Keine Frage: Ich habe als Abgeordneter viel gelernt – vor allem von den BürgerInnen im Wahlkreis, aber selbst von den Mitgliedern der Exekutive und dem Großteil der KollegInnen aus den anderen Fraktionen.

Danken möchte ich allen LeserInnen des BürgerInnenbriefs für ihr Interesse, für Zuspruch und auch Kritik, und all jenen, die diesen gemeinsam mit mir realisieren halfen. Ganz besonders danke ich den KollegInnen und MitarbeiterInnen, mit denen ich in den vergangenen dreieinhalb Jahren zusammen arbeiten konnte und die mit mir zusammen für eine sozial gerechtere Politik in unserer Stadt eingetreten sind. Auch den Mitgliedern aus den anderen Fraktionen gebührt Dank für ihre Geduld und Toleranz.

Mit dem Ausscheiden aus der Hamburgischen Bürgerschaft verabschiede ich mich auch als Herausgeber dieses BürgerInnenbriefes. Meine Kollegin Heike Sudmann, mit der ich seit Beginn dieser Wahlperiode diese Information gemeinsam herausgebe, wird ihn weiterführen, und ich werde mich ab und an sicherlich auch mit Beiträgen beteiligen können.

Den vielen Menschen, die sich anlässlich meines Schritts zurück aus einer der vordersten Linien der politischen Auseinandersetzung in Hamburg mit Ermutigungen gemeldet haben, möchte ich sagen, dass wir auch in den nächsten Jahren gemeinsam an den vielen Baustellen der Kommunal- und Stadtpolitik einen Beitrag zur Lösung der Probleme einbringen können. Also: Tschüss und bis bald.

Joachim Bischoff

83 BürgerInnenbriefe mit rd. 1.000 Seiten

Insgesamt 83 »BürgerInnenbriefe« sind unter Joachims Herausgeberschaft seit März 2008 erschienen, davon die letzten 15 Nummern gemeinsam mit Heike. Dieser BürgerInnenbrief ist also der letzte, auf dem noch das Bild von ihm prangt. Auch für uns, die nicht nur an dessen regelmäßigem Zustandekommen mitgewirkt haben, ist dies ein Einschnitt. Rund 1.000 Seiten BürgerInnenbrief, alle zwei Wochen verschickt an eine immer größer gewordene LeserInnengemeinde, sind kein Pappenstiel. Sie dokumentieren Joachims vielfältiges Wirken in den Bereichen Haushalts- und Finanz-, Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrs- sowie – nicht zu vergessen – Sportpolitik. Die Substanz von etlichen Kleinen und Großen Anfragen und deren Beantwortung durch die jeweiligen Senate, von Anträgen und auch Kuriositäten wurden hier ausgewertet. Hinzu kamen Beiträge zur Situation der LINKEN insgesamt sowie Statements zu Krisenentwicklungen und Alternativen. Sie alle brachten Joachims Einsatz für Analyse und Aufklärung, vor allem aber für eine gerechtere Stadt zum Ausdruck.

Manchmal erschien er uns wie einer der wenigen Abgeordneten, die die Bürgerschaft noch ernst nehmen, die sich

darüber empören, wenn durch Schattenhaushalte und Machenschaften (Stichwort HSH Nordbank) am Parlament vorbei agiert wird. Und Joachim zeichnete aus unserer Sicht vor allem aus, dass er in seinem Wahlkreis immer wieder die Finger in die vielen Wunden in den Quartieren gelegt hat und – trotz übervollen Terminkalenders – keine Gesprächs- oder Veranstaltungsanfrage ausgeschlagen hat, um mit den Menschen zusammenzukommen, die ihn gewählt oder ihm zumindest ihr Vertrauen geschenkt haben.

Einige von ihnen – und wir sind sicher, es gibt deren noch deutlich mehr – möchten ihm anlässlich seines Ausscheidens nach gut dreieinhalb Jahren engagierter Bürgerschaftstätigkeit selbst eine Botschaft übermitteln. Diese dokumentieren wir im Folgenden, auch wenn wir wissen, dass es ihm an sich lieber ist, aus »kritischen Interventionen« zu lernen...

Wir bedanken uns bei Joachim für die gute und unkomplizierte Zusammenarbeit bei der Erstellung des BürgerInnenbriefes und wünschen alles erdenklich Gute.

Marion Fisch, Michael Joho, Bernhard Müller, Gerd Siebecke, Heike Sudmann



Wenn wir eine schnelle Auskunft des Senats u.a. zu öffentlichen Grundstücken und Immobilien in Wandsbek brauchten, warst du mit einer Schriftlichen Kleinen Anfrage zuverlässig und prompt zur Stelle. Joachim, du wirst uns als Ansprechpartner fehlen.

Frank Hiemer | DIE LINKE, Bezirksabgeordneter Wandsbek

Lieber Joachim, vielen Dank für dein unermüdliches Engagement für die Menschen dieser Stadt. Der BürgerInnenbrief ist für mich zu einer der wichtigsten politischen Informationsquellen geworden. Auch dafür vielen Dank. Ich wünsche dir alles Gute für Deinen (Un-) Ruhestand.

Regina Anders

Was für ein Verlust für die Bürgerschaftsfraktion! Joachim war als Abgeordneter ein Vorbild für die ganze Fraktion im Hinblick auf Basisnähe und Transparenz. Als Wahlkreisabgeordneter war er in den Stadtteilen präsent und hat seine Positionen im Austausch mit den Engagierten und Betroffenen an der Basis entwickelt. In Kooperation mit der Linken Stadtteilgruppe St. Pauli waren angesichts seiner Themenschwerpunkte und der im Viertel brennenden Themen die Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik prioritär. Joachim hat hierzu gemeinsam mit den Menschen vor Ort Positionen entwickelt und den Kampf gegen die Gentrification in die Bürgerschaft getragen. Die »Recht auf Stadt«-Bewegung verliert mit Joachim eine wichtige Stimme im Parlament.

Markus Schneider-Johnen | DIE LINKE St. Pauli

Lieber Joachim, Danke für dein Engagement in der Bürgerschaft. Danke auch für die eine oder andere Senatsanfrage speziell in Sachen St. Georg, die damit ´ne Menge Licht in den Politik- und Verwaltungs-Filz gebracht hat. Alles Gute für die Zukunft!

Michael Schwarz | Mitglied im Stadtteilbeirat St. Georg

Lieber Joachim, ich bedaure sehr deinen Rückzug aus der aktiven Politik! Seit etwas mehr als zwei Jahren durfte ich mit dir zusammenarbeiten, es war mir eine große Ehre! Den Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank hast du richtig aufgemischt. Ohne deine unerschrockene Vorgehensweise wären nicht derart viele Tatsachen an's Tageslicht gekommen. Von dir habe ich gelernt, dass insbesondere DIE LINKE 200prozentig korrekt recherchieren und arbeiten muss. Allen anderen verzeiht man kleinere Nachlässigkeiten, nur uns sieht man nichts nach. Es war täglich aufs Neue eine große Herausforderung und auch Ansporn, deinen Qualitätsansprüchen, die du nicht nur uns als deinen MitarbeiterInnen, sondern insbesondere dir abverlangt hast, gerecht zu werden. Ich habe viel von dir gelernt! Ich hoffe, dass du dir jetzt ein wenig mehr Ruhe gönnst und Zeit für dich selbst erübrigen wirst. Ich würde mich freuen, dich weiterhin als Freund und Berater haben zu dürfen!

Norbert Weber | wissenschaftlicher Referent bei Joachim

Für die gute und enge Zusammenarbeit danken wir Herrn Bischoff sehr herzlich. Mit ihm verliert die Bürgerschaft bedauerlicherweise einen engagierten Streiter, insbesondere für die Belange des Breitensports. Für seine persönliche Zukunft wünschen wir ihm alles Gute.

Günter Ploß, Maarten Malczak | Hamburger Sportbund e.V.

Mit Joachim Bischoff habe ich gemeinsam mit vielen Genossinnen und Genossen die Hamburger Partei DIE LINKE sowie die WASG aufgebaut. Diese Erfahrung mit einem hochkompetenten Menschen und Linkspolitiker möchte ich nicht missen. Ich freue mich auf viele weitere gemeinsame erkenntnisreiche, außerparlamentarische, gesundheitsförderliche Jahre mit Joachim.

Berno Schuckart-Witsch | DIE LINKE, ver.di

Zu den eher seltenen Eigenschaften von Politikern gehört, dass sie genau zuhören und MIT den Menschen und nicht ein-

fach ZU ihnen sprechen. Dies ist eine Fähigkeit von Joachim Bischoff, die es so angenehm macht, im Gespräch mit ihm zu lernen und die eigenen Ansichten zu überprüfen. Die Bürgerschaft verliert einen klugen, unabhängigen Mann, der engagiert eine klare Position für die Benachteiligten in konkrete Politik umzusetzen versuchte. Leider verliert auch Wilhelmsburg einen Abgeordneten, der neugierig und wissend zugleich war über das, was uns hier bewegt.

Michael Rothschuh | Zukunft Elbinsel e.V.

Das Münzviertel als kleinstes Gebiet der Stadtteilentwicklung in Hamburg hat immer eine große Aufmerksamkeit von dir erhalten – dafür Danke. Wir freuen uns, wenn du auch weiterhin den Weg von der Geest in die Marsch zu uns findest.

Klaus Stürmann | Stadtteilinitiative Münzviertel

Seit nunmehr fast sechs Jahren kenne ich meinen St. Georger Nachbarn und seitdem auch Genossen Joachim näher. Und ich habe immer bewundert, mit welchem ungeheuren Elan er sich in seine Arbeit stürzt (Mitarbeiter hätte ich angesichts der damit verbundenen Erwartungshaltung nicht sein mögen). Joachim hat aus meiner Sicht in diesen Jahren DIE LINKE, den Stadtteil St. Georg und auch die Hamburger Bürgerschaft mächtig vorangebracht. Dafür gebührt ihm jede Menge Dank! Wir können nur hoffen, dass Joachim auch weiter seine unnachahmliche Fähigkeit, hochkomplexe wirtschaftliche Sachverhalte auch für absolute Laien verständlich zu machen, öffentlich zum Tragen bringt. Und natürlich auch, dass wir den charmanten und freundlichen Nachbarn jetzt öfter mal bei nicht so direkt politischen Veranstaltungen im Stadtteil treffen.

Bernhard Stietz-Leipnitz | DIE LINKE St. Georg, Bezirksabgeordneter Mitte

Joachim Bischoffs Ausscheiden ist für mich ein ziemlicher Schock. Bei dem Arbeitspensum, das er und sein Team geleistet haben, ist es kein Wunder, wenn Menschen die Grenze des Zutraglichen erreichen. Gerade unter den gegebenen strukturellen Bedingungen. Denn auch Politik ist Arbeitswelt, vielleicht sogar verschärft. Ihr habt in der Hamburger Politik sehr viel zum Guten bewegt. Und dennoch ist mir ein gesunder Joachim Bischoff lieber, als einer der sich aufopfert.

Ich habe immer mit großer Freude betrachtet, wie viele wichtige Anstöße und Gedanken von Joachim Bischoff gekommen sind und wie viele wichtige Informationen an die BürgerInnen weiter gegeben wurden. Da ist er der Zeit sehr weit voraus! Die Gepflogenheiten werden sich hoffentlich in diese Richtung entwickeln. Besonders beeindruckt haben mich die klar nachvollziehbaren Zusammenhänge, die von ihm und seinem Büro immer wieder öffentlich gemacht wurden. Hier wurde der menschliche Verstand nicht, wie sonst üblich in der Politik, beleidigt, sondern genährt und dabei unterstützt, Handlungsperspektiven und Änderungsmöglichkeiten zu sehen und umzusetzen.

Für mich ist Joachim Bischoff das liebste Bürgerschaftsmitglied, der trotz seiner Klugheit nie überheblich und tatsächlich »einer von uns« ist. Ich bin zwar sehr traurig, möchte mich aber



für die viele und gute Arbeit im Sinne der Menschen in Hamburg und für deren lebenswerte Zukunft herzlich bedanken. Ich wünsche Joachim Bischoff alles Gute, Gesundheit und Lebensfreude.

Dirk Klaes | Aktivist in der AG Mieten des Netzwerks Recht auf Stadt

Ich habe Joachim Bischoff stets als einen sachlichen, engagierten und sehr kompetenten Parlamentarier geschätzt, der sich auch und gerade für St. Georg sehr einsetzte. Bei seinem Einzug in die Bürgerschaft titelten wir in den »Blättern aus St. Georg«: »Ein Bürgerschreck?« Joachim Bischoff ist dies ganz gewiss nicht. Er wird den Linken, aber auch St. Georg fehlen.

Helmut Voigtland | Bürgerverein zu St. Georg von 1880

Es war Joachim, der den maßgeblichen Anteil daran hatte, dass wir gleich zu Anfang in die WASG eingetreten sind – für den Einen der Beginn politischer Arbeit, für die Andere eine neue politische Heimat. In der Folge: Hochachtung vor seiner fachlichen Kompetenz, seinem enormen Einsatz für die Sache der LINKEN und seine Überzeugungskraft. Lieber Joachim, wir freuen uns, dass dein Austritt aus der Fraktion nicht das Ende deiner Arbeit für DIE LINKE bedeutet und wir weiter in Kontakt bleiben können. Das wünschen sich von Herzen

Inge Asimiadis und Peter Heim

Wenige sind imstande, von den Vorurteilen der Umgebung abweichende Meinungen gelassen auszusprechen; die meisten sind sogar unfähig, überhaupt zu solchen Meinungen zu gelangen. (Albert Einstein) Joachim Bischoff ist so jemand. Mal gelassen und mal leidenschaftlich, immer voller Sachkenntnis und lösungsorientiert, souverän und links, authentisch und wertschätzend – ein fraktions- und parteiübergreifend geschätzter und liebenswerter Parlamentskollege verlässt viel zu früh die politische Bühne. Lieber Joachim, danke für dein Eintreten für die große Sache und die kleinen Leute, alles Gute für deine Gesundheit und deine wichtige Arbeit und solidarische Grüße aus dem Gewerkschaftshaus.

Wolfgang Rose | ver.di Hamburg, SPD-Bürgerschaftsabgeordneter

Dreieinhalb Jahre Bürgerschaft mit Joachim

Von Michael Joho



Kennengelernt haben wir uns irgendwann Anfang der 1990er Jahre, als ich Joachim bei einer anstehenden Wahl gebeten hatte, einem kleinen Kreis die Positionen der damaligen Partei - der PDS - nahe zu bringen. Das haben wir in den darauf folgenden Jahren noch einige Male wiederholt, ebenso wie die Einladung zu Seminaren, um dort politökonomische Zusammenhänge zu erläutern.

Und dabei ist es immer geblieben: Wenn mal »Not am Mann« war, Joachim war zur Stelle, egal ob bei einer noch so kleinen Veranstaltung oder einer Bürgerschaftssitzung. Kein Wunder, dass er zum Ende der 19. Legislaturperiode als der Abgeordnete vom Hamburger Abendblatt benannt und gewürdigt wurde, der am öftesten ans Rednerpult in der Hamburgischen Bürgerschaft getreten war.

Es ist eine - nach meiner Beobachtung - viele Menschen beeindruckende Seite, dass Joachim in der Lage ist, zu allen vielen Aspekten der Politik und Ökonomie qualifiziert Stellung zu nehmen. Dabei kommt ihm sein jahrzehntelanges Engagement in verschiedenen linken Organisationen und Zusammenhängen und sein ebenso lange währendes wissenschaftliches und publizistisches Wirken zugute. Die Deutsche Nationalbibliothek wirft mehr als 70 Buchtitel aus, an denen er mitwirkte und die vor allem der politischen Ökonomie des Kapitalismus gewidmet sind. Und die Zahl seiner regelmäßig in der von ihm mitbegründeten und bis heute im VSA: Verlag erscheinenden Zeitschrift »Sozialismus« veröffentlichten Artikel dürften sich sogar im dreistelligen Bereich bewegen.

Manches Mal ist es gelungen, ihm nach einem langen Arbeitstag im lockeren Kneipengespräch die eine oder andere Aussage zu seinem Lebensweg zu entlocken. Er hat den Weg der Linken in der Bundesrepublik und später in der vergrößerten deutsch-deutschen Republik nicht nur miter-, sondern sicher maßgeblich mitgelebt. Die Entwicklung reicht vom SDS und der SPD (die er wegen des Vietnamkrieges 1966 wieder verließ) über verschiedene Parteigründungen bis zur Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), die er 1990 in Hamburg mit ins Leben rief. 2004 gehörte er zu den Mitbegründern der Wahlalternative für soziale Gerechtigkeit (WASG) und 2007 zu den »Architekten« der Vereinigung zur Partei DIE LINKE, für die er im März 2009 als Direktkandidat im Wahlkreis Hamburg-Mitte in die Hamburgische Bürgerschaft einrückte.

All die Höhen und Tiefen der Linken hat er hautnah erlebt, und es wäre sicher für viele Linke aus den verschiedenen Zusammenhängen bereichernd, wenn er sich irgendwann dazu aufraffen könnte, diese Erfahrungen zu Papier zu bringen. Aber das wird schwer zu haben sein, da eine seiner Eigenschaften darin besteht, seine Person eher im Hintergrund zu lassen. Was ihn wiederum sympathisch macht, denn allzu viel Gewese um ihn ist ihm immer unangenehm gewesen - sicherlich auch in dem Bewusstsein, dass viele Dinge, die er besonders prägnant formulieren und vertreten kann, ohne die Strukturen, in denen er aktiv ist und ohne die MitarbeiterInnen nicht möglich wären.

Am 1. Mai 2008 wurde ich Joachims persönlicher, wissenschaftlicher Referent in der Bürgerschaft. Gut dreieinhalb Jahre habe ich nun seinen »Stil«, seinen enormen Arbeitseinsatz, das Herangehen an Politik und Partei und vor allem an die Menschen, die ihm begegnet sind, erfahren dürfen. Und ich stelle fest, dass seine Art, sein Wirken längst nicht nur für mich eine enorm inspirierende Bedeutung hatte. Allein die Bandbreite bei den verschiedenen Zuständigkeiten für die Fraktion ist bemerkenswert: Joachim sprach für den Komplex Haushalts- und Finanzpolitik (wofür er auch bei den anderen Parteien große Anerkennung bekam), er verantwortete in den ersten drei Jahren die Bereiche Wohnungs-, Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik, dabei unterstützt von der Fraktionsmitarbeiterin Antje Schellner. Die beiden letzten Arbeitsbereiche sind nach der Neuwahl auf Heike Sudmann übergegangen, für die ich seitdem schwerpunktmäßig als Re-

ferent arbeite. Ein besonderes Vergnügen bereitete ihm die Sportpolitik, die in weiten Kreisen der LINKEN bestenfalls noch als Spielball gewertet wurde. Und nach der letzten Bürgerschaftswahl übernahm er zusätzlich die Arbeitsmarktpolitik, bei der er – nicht ganz unumstritten – neue Akzente setzte und die grundsätzliche Kritik an Hartz IV und den Ein-Euro-Jobs ergänzte durch das Engagement für die zurzeit in großer Anzahl »abgewickelten« Beschäftigungsträger.

Zu all dem kam in der letzten Legislaturperiode der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zur HSH Nordbank hinzu, dessen energiezehrende Arbeit – Joachim bekam dafür Verstärkung von Norbert Weber – ihn manchmal an den Rand der Belastungsgrenze brachte, bisweilen auch darüber hinaus. Dutzende Presseerklärungen zur HSH wurden von den JournalistInnen dankbar aufgegriffen, auch wenn nur selten die Quelle genannt wurde. Ich bin überzeugt da-

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein hat ein Spezial zum Thema **Sozialleistungen in den Hamburger Stadtteilen 2010** herausgegeben. Daraus ergibt sich, dass in sechs Stadtteilen (Hammerbrook, Jenfeld, Veddel, Wilhelmsburg, Billstedt, Steilshoop) mindestens die Hälfte der Kinder von Sozialleistungen abhängig sind. www.statistik-nord.de.

Laut attac haben bereits über 25.000 Menschen den Aufruf **Vermögenssteuer jetzt!** unterzeichnet. Weitere Unterschriften können unter www.vermoegenssteuerjetzt.de geleistet werden. Dort gibt es auch eine Expertise des Wissenschaftlichen Beirats von attac zu **Vermögenskonzentration und Finanzkrise**.

Vom **22.-24.11.** findet jeweils **ab 15:00 Uhr** die **Bürgerschaftsdebatte zum Doppelhaushalt 2011/2012** statt. Sie kann unter www.hamburgische.buergerschaft.de als **Livestream** verfolgt werden.

Erneut soll ein **Castor-Transport nach Gorleben** durchgeführt werden. Eine Demonstration am Samstag, den **26.11., um 12:30 Uhr** in Dannenberg soll auf die Blockade einstimmen. Aus Hamburg fahren Busse ins Wendland (Abfahrt: 9:00 Uhr ab Dammtor/Moorweide, Rückfahrt gegen 17:00 Uhr).

Um **Wohnungspolitik** geht es am Donnerstag, den **24.11., um 17:00 Uhr** im Fraktions- und Abgeordnetenbüro der LINKEN in der Borgfelder Straße 83. Die Debatte dient auch der Vorbereitung des **Landesparteitages am 26./27.11.** im Berufsförderungswerk Farmsen (August-Krogmann-Straße 52).

Europa am Abgrund? Diese Fragen versuchen am Mittwoch, den **30.11., ab 18:30 Uhr** Bernhard Müller und Joachim Bischoff auf einer Veranstaltung der LINKEN (Böckmannstraße 3, 2. Stock) zu beantworten.

In Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltet »Ragazza« am Freitag, den **2.12., von 10:00-18:30 Uhr** einen Workshop zum **schwindenden Recht auf Straße für Sexarbeiterinnen** – im Kulturladen St. Geoprg (Alexanderstraße 16), u.a. mit Referentinnen aus Berlin, Linz und Amsterdam.

Bildung und Stadtteilentwicklung am Beispiel des Projekts Werkhaus (ehemals Produktionsschule) sind in der Jugendwerkstatt Rosenallee (Rosenallee 11) Thema am Montag, den **5.12., um 19:00 Uhr**, u.a. mit Michael Mathe, Prof. Ingrid Breckner, Prof. Bernd Kniess, Tom Johannsen sowie den Bürgerschaftsabgeordneten Olaf Duge (GAL), Andy Grote (SPD) und Heike Sudmann (DIE LINKE).

Schubert für die Straße heißt es am Mittwoch, den **7.12., um 20:00 Uhr** in der Dreieinigkeitskirche (am St. Georgs Kirchhof 19). Das Amaryllis Quartett spielt Franz Schuberts Oktett D 803 zugunsten des Straßenmagazins »Hinz&Kunzt«. Steffi Neils steuert Gedichte von Mechthild Grossmann bei. Der Eintritt frei, um großzügige Spenden wird gebeten.

von, dass niemand anderes in der Bürgerschaft in dieser Sache so viel Aktenstudium betrieben und über die Zusammenhänge soviel Durchblick gehabt hat wie Joachim. An einem Punkt wäre ihm sein Anliegen, die Menschen über die Machenschaften und Fehlentwicklungen umfassend zu informieren, fast zum Verhängnis geworden: Ihm wurde vorgeworfen, Interna aus Bankunterlagen verraten zu haben. Und so hing einige Zeit das Damokles-Schwert des Ausschlusses aus dem PUA, womöglich sogar aus der Hamburgischen Bürgerschaft, über ihm. Was für ein Szenario: Da macht einer offenkundiges Fehlverhalten öffentlich, klagt Konsequenzen aus der Vergeudung von Milliarden Euro ein und soll eben dafür kielgeholt werden. Diese Phase erinnerte mich an meine erste Demonstration gegen die Berufsverbote in Bremen 1972, in der ich auch Flugblätter von den Besucherbänken in den Plenarsaal der Bürgerschaft hätte werfen können. Letztlich konnte Joachim kein Vergehen nachgewiesen werden, und in der städtischen Öffentlichkeit blieb der Eindruck, dass der versierteste Kenner und schärfste Kritiker der HSH-Senats-Connection abgesägt werden sollte. Gerade durch seinen Einsatz im PUA HSH Nordbank hat sich Joachim den Ruf eines unbestechlichen, kompetenten Kämpfers erworben, der trotz alledem in den teilweise hochemotional geführten Auseinandersetzungen die Contenance gewahrt hat.

Nicht nur in dieser Etappe erwies sich Joachim für die Hamburger LINKE insgesamt als eine zentrale Persönlichkeit, die es verstanden hat, eine von der Öffentlichkeit anerkannte Präsenz mit der ebenso wichtigen Funktion zu verbinden, innerhalb der Partei auf die brisanten Inhalte und strategischen Herausforderungen zu verweisen. Joachim nahm man die Rolle als linker, authentischer Politiker uneingeschränkt ab. Ein Pfund, auf das die Fraktion in Zukunft leider verzichten müssen.

Die Arbeitsbelastung spitzte sich immer weiter zu. Ich erinnere einen Abend, an dem er erst gegen 24 Uhr nach Hause

kam. Die fast siebenstündige Sitzung hat ihm eine Thrombose beschert. Aber wie so oft im Leben sind es vermutlich nicht nur die gesundheitlichen Beeinträchtigungen gewesen, die ihm zunehmend zu schaffen gemacht haben. Joachim konnte bisweilen schlecht schlafen, weil ihm die Auswirkungen der seit Jahren anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Folgen für den Großteil der Bevölkerung nicht aus dem Kopf gingen. Mit Verve setzte er sich für eine andere Wohnungspolitik ein, zu einem Zeitpunkt, als auch innerhalb der LINKEN dieses Thema in seiner ganzen Tragweite erst kaum erkannt und dann bis heute höchst umstritten war. Und er ärgerte sich immer wieder über den Zustand und Kurs der Partei, in der persönliche Verwicklungen und politische Fehlgänge oft einen höheren Stellenwert einnahmen als überzeugende, wohl durchdachte Konzepte zur Veränderung der Gesellschaft im Interesse der Menschen mit weniger Geld und Einfluss.

Gewundert hat mich manchmal, wie lange Joachim diesen Stress ausgehalten hat und wie es ihm gelingen konnte, neben den Bürgerschafts- und vor allem Ausschusssitzungen auch noch zu Tagungen nach Wien, Berlin oder Frankfurt zu fahren, um die Entwicklung der deutschen und auch der europäischen Linken mit zu gestalten.

Auch wenn er nun aus der Bürgerschaft ausscheidet, hoffen mit mir viele GenossInnen und nicht in der LINKEN organisierte Menschen, dass von ihm auch in Zukunft zu lesen und zu hören sein wird. Aber zugleich wünschte ich mir, und auch darin fühle ich mich keineswegs allein, dass er endlich mehr Zeit findet, lange hintangestellten persönlichen Interessen nachzugehen.

Lieber Joachim, das waren dreieinhalb höchst spannende, lehrreiche, im besten Sinne auch anstrengende und bewegende Jahre. Ich bin gespannt, wie Du den »Wechsel« verdauen wirst und setze darauf, dass wir noch in so manchem Zusammenhang aufeinander treffen.



Markenfit ins neue Jahr

Von Heike Sudmann



Event-Stadt Hamburg

Eine der wichtigsten Einrichtungen, die zu nichts anderem dienen, als die Stadt herzurichten für die wachsenden Touristenströme, »Leuchttürme« hochzujubeln, eine immer neue »Eventkultur« zu zelebrieren und die »Marke Hamburg« zu verkaufen, ist die Hamburg Marketing GmbH (HMG). An deren größten Flop seit der Gründung im Jahre 2003 erinnerte jetzt das Hamburger Abendblatt: 239.000 Euro wurden von dieser feinen städtischen Gesellschaft für den Marketinggag einer »Hamburg WG« (vier junge Nicht-HamburgerInnen wohnen ein Jahr lang kostenfrei in einer 200-Quadratmeter-Luxussuite) verbrannt, bis das »Projekt« im August gestoppt wurde.

Zu den Unterabteilungen der verzweigten HMG gehört der auf ihre Initiative zurückgehende und Ende 2009 gebildete »Eventausschuss«, in dem sie die »Federführung« hat. Ihm gehören außerdem VertreterInnen der Innen-, Stadtentwicklungs- und der Wirtschaftsbehörde, des Bezirksamtes Altona, des Vorsitzenden des City-Ausschusses der Bezirksversammlung Mitte, der Bürgerschaftskanzlei, der HafenCity Hamburg GmbH sowie der Handelskammer an. Ein Schalk, wer Böses denkt bei dieser Zusammensetzung. Ich habe eher zufällig von der Existenz dieses Ausschusses erfahren, der sich ansonsten einer öffentlich-parlamentarischen Kontrolle entzieht. So habe ich beim Senat nachgefragt, was es mit dem Eventausschuss eigentlich auf sich hat.

Kürzlich ist dessen Antwort eingegangen: »Der Eventausschuss«, so der Senat, »verfolgt durch frühzeitige Befassung mit geplanten Veranstaltungen in Hamburg die Ziele, die stadinterne Kommunikation zu verbessern, die Akteure frühzeitig zu informieren und das Eventportfolio auf den Flächen mit der höchsten Nachfrage aktiv zu gestalten.« Für die Entwicklung des »Eventportfolios« nimmt der Ausschuss frühzeitig

Meldungen von VeranstalterInnen entgegen und spricht den Bezirken gegenüber entsprechende Handlungsempfehlungen aus. Das Genehmigungsverfahren liegt zwar auf bezirklicher Ebene, aber das »hochrangig besetzte Gremium« des Eventausschusses (O-Ton Bezirksamt Mitte) dürfte selten Widerspruch erfahren und »unterliegt keiner gesonderten Kontrolle durch bürgerschaftliche Gremien« (O-Ton Senatsantwort).

Zwei Mal im Jahr tagt der Ausschuss, um nach den selbst gegebenen zehn Kriterien über eingegangene Veranstaltungsanfragen auf den markanten Flächen der Bezirke Mitte (Heiligengeistfeld, Binnenalster und umzu, Rathausmarkt, Gänsemarkt, Landungsbrücken, Marco-Polo-Terrasse, Magellan-Terrasse) und Altona (Fischmarkt, vorm Kreuzfahrtterminal) zu beraten. Alleine die Bezeichnungen und die Reihenfolge der Kriterien lassen erahnen, dass hier Flächen vorrangig nach Image- und Einnahmegesichtspunkten vergeben werden: 1. Markenfit, 2. Einzigartigkeit, 3. Strategischer Nutzen, 4. Reichweite der Medialisierung, 5. Intensität der Event-Kommunikation, 6. Indizierte Gastronomie-, Hotellerie-, Einzelhandels- und Dienstleistungsumsätze, 7. Umweltschutz, 8. Belastung für die Anlieger, 9. Sicherheit, 10. Stadtbild. Die »Leitfrage« zum ersten Punkt »Markenfit« lautet: »Zu welchem/n Baustein/en des Imageprofils Hamburgs passt die Veranstaltung und wie hoch ist die entsprechende Treiberwirkung?« Wie sich dieser unerträgliche Markensprech wohl nach der Absage der »Hamburg WG« für die BewerberInnen dargestellt hat?

Nun könnte man ja denken, dass so ein Ausschuss dafür Sorge trägt, die Belastungen durch Großevents möglichst klein zu halten, vor allem an einigen bevorzugten Veranstaltungsorten (auch wenn so ein Gedanke evtl. dem »Imageprofil« und vor allem der »Treiberwirkung« entgegenliefe). Aber

nein, das ist offenbar nicht so sehr das Thema dieses Ausschusses. Auf meine Frage an den Senat, »wie viele Events der Ausschuss in den Stadtteilen Altstadt, Neustadt, St. Georg, St. Pauli, Sternschanze, Ottensen und Altona für maximal möglich hält«, antwortet dieser lapidar, »der Eventausschuss hat sich mit dieser Frage nicht beschäftigt«. Die Ablehnung einer Großveranstaltung auf einer »Premiumfläche« (die werden tatsächlich so benannt – die Stadt ist schließlich zu einer Ware verkommen) ist eher die Ausnahme, wie die Statistik zeigt: Im »Turnus 2010-2011« wurde die Durchführung von 28 Events empfohlen, nur drei faktisch abgelehnt. Im »Turnus 2011-2012« gab es 32 Zustimmungen und ebenfalls nur drei Negativaussagen.

Dabei betont der Senat immer wieder, der Eventausschuss würde keine Events genehmigen, sondern lediglich Empfehlungen aussprechen. In einem Papier des Bezirksamtes Hamburg-Mitte vom 23. September 2011 heißt es u.a.: »Die Ver-

waltung muss immer wieder deutlich machen, dass nur die Entscheidungen des Bezirksamtes und des kommunalen Gremiums verbindlich sind, die Entscheidung aufgrund der frühen Befassung im Eventausschuss auf oftmals vagen Angaben beruht.« Im Klartext: Der Eventausschuss genehmigt de facto fröhlich vor sich hin und der Bezirk muss dann sehen, wie er klarkommt. Dass dabei gerade das Bezirksamt Mitte recht schamlos mit der Genehmigung aller möglichen Kommerzfesten umgeht, davon können vor allem die St. PaulianerInnen ein Lied singen (und das regelmäßig bis in den frühen Morgen).

Die Kommerzialisierung und Eventisierung unserer Stadt schreitet munter voran. Wurden für das gesamte, fast abgeschlossene Jahr 2011 insgesamt 53 »Veranstaltungskonzepte« (gegebenenfalls auch für mehrere Flächen) im Eventausschuss behandelt, sind für das Jahr 2012 jetzt schon 47 weitestgehend durchgewunken worden. Markenfit eben!

Schwimmstunden statt »Rennleistung«!

Als letzte der Rathausparteien präsentierte DIE LINKE am 16. November ihre haushaltspolitischen Vorschläge und Alternativen. Insgesamt 32 Anträge wird sie in die dreitägigen Etatberatungen einbringen. Anders als die Senats- und die sonstigen Oppositionsparteien (ganz vornweg die FDP, die nicht nur 250 Stellen im Öffentlichen Dienst wie die SPD, sondern am liebsten gleich 500 pro Jahr streichen möchte) vertritt DIE LINKE die Auffassung, nicht alleine die »Haushaltskonsolidierung« zu betreiben, sondern auch an vernünftige Investitionen zu denken. Gefordert wird, zumindest die Hälfte der prognostizierten Steuermehreinnahmen von jeweils etwa 800 Millionen Euro in den Jahren 2011 und 2012 in die Strukturpolitik und unterfinanzierte Bereiche zu stecken. Konkret geht es der LINKKN darum, rund 400 Millionen Euro vor allem in den Bereichen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, für Bildung, Hochschule, Öffentlichen Personennahverkehr und Wohnungsbau einzusetzen und Gehälter- sowie Stellenkürzungen rückgängig zu machen.

Allerdings hat die Linksfraktion im Entwurf für den Doppelhaushalt 2011/2012 auch Ausgaben entdeckt, die nun gar nicht sein müssen. Dazu zählt sicherlich die Totalisatorsteuer, die über den Pferdewettbewerb eingezogen wird (immerhin nahezu 2 Millionen Euro pro Jahr), die dann aber zu 96% wie-

der an die Rennvereine quasi erstattet wird, »zum Besten der Landespferdezucht«, wie es heißt. Wir haben im BürgerInnenbrief zu dieser kuriosen Seite »vorkonstitutionellen Rechts« bereits Stellung genommen.

Eine letzte Neuigkeit zu diesen Kuriosa bietet die Senatsantwort auf unsere Kleine Anfrage, in der wir gefragt haben, warum die Rennvereine fast zwei Millionen Euro bekommen, um Pferdezucht zu betreiben, eine solche aber gar nicht unterhalten. Der Senat antwortet, dass Leistungsprüfungen wie z.B. das Große Derby Hamburgs spezieller Beitrag zur Förderung der Pferdezucht sind. Und auf unsere weitere Frage, ob wenn in Hamburg denn schon keine Pferdezucht betrieben werde, dann »wenigstens die siegreichen Pferde außerhalb Hamburgs zur Pferdezucht herangezogen« würden, um so – wenn auch landesfremd – dem Totalisatorgesetz zu entsprechen, antwortet unser tapferer Senat: »Ja, durch die Zuchtorganisation. Die Leistungen der einzelnen Pferde werden von den Zuchtorganisationen erfasst und gehen in die Feststellung des Zuchtwertes ein.« Die Ausführungen des Senats sind nicht mal witzig, sondern können nur als aberwitzig bezeichnet werden, wenn er da u.a. den »Zuchtwertteil Rennleistung« erläutert, immer darauf abzielend, bloß nicht die Totalisatorsteuer »zum Besten der Pferdezucht« in Frage zu stellen.

Themen der 32 Anträge, die DIE LINKE in die Etatberatung einbringt:

Stellenabbau in der Hamburgischen Verwaltung; Sonderzahlungen; Konsolidierungsmaßnahmen in den Bezirken; Steuervollzug; Ersatzschulen; Schulinspektion; Sozialticket ÖPNV; RISE/Hamburger Quartiersoffensive; Wohnungsbauförderung; Schülerkarten; Stadtwerkstatt; Grünanlagen/Bäume; aufgeständerter Weg Müllberg Georgswerder; Klimaschutzkonzept; Naturschutz Wald; Flächenmieten Hafens; Elbvertiefung; Innovative Arbeitsmarktpolitik; Totalisatorsteuer; Verfassungsschutz; Grundförderung Sport/Sportmarketing; Media-School; Kultur; Hochschulen; Partizipationsstelle; Kinder- und Jugendarbeit; Gebührenfreiheit Familien; Ausgrenzung Kinder; Wohnungsnotfallhilfe; Landespflegegesetz; Verhütungsmittel; Bewilligungsstopp KHS. Genaue Infos enthält die Pressemitteilung der Bürgerschaftsfraktion vom 16.11.2011, der auch alle 32 Anträge anhängen (www.linksfraktion-hamburg.de).

DIE LINKE hat sie in Frage gestellt und beantragt, die an die Rennvereine abgeführten Mittel aus der Totalisatorsteuer ab sofort in die Förderung des vernachlässigten Schwimmunterrichts in benachteiligten Quartieren zu stecken. Konkret sollen sie verwandt werden »für die Förderung des Schwimm-

unterrichts der Grundschulklassen in den besonders benachteiligten Stadtteilen wie Billstedt und Wilhelmsburg, wo die Kinder teilweise bis zu 100% das Schwimmen bis zum Ende der vierten Klasse nicht erlernen.« Mal sehen, ob so ein Antrag noch unter das »gute Regieren« fällt.

Bei anderen gefunden

Das Straßenmagazin »Hinz&Kunzt« muss es wissen: In seiner September-Ausgabe weist es mit wenigen Zahlen nach, welches Drama die Mini- und Teilzeitjobs - von den »Arbeitsgelegenheiten« à la 1 Euro ganz abgesehen - nach sich ziehen.

Zahlen des Monats
Hungerlöhne bedeuten Armutsrenten

Mindestens

10

Euro die Stunde muss ein Arbeitnehmer verdienen, um im Alter eine Rente oberhalb der Armutsgrenze zu beziehen. Das ergibt sich aus der Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linkspartei. Angenommen wurden 45 Jahre Arbeit in einem Vollzeitjob bei einer 38,5-Stunden-Woche. Nach heutigem Recht hat Anspruch auf ergänzende Hilfe vom Staat, wer

684

Euro oder weniger Rente im Monat bekommt.

In den kommenden Jahrzehnten droht Altersarmut zu einem Massenphänomen zu werden: Nach Berechnungen der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung arbeiteten 2009

5

Millionen Menschen in Deutschland für einen Stundenlohn von 8,50 Euro oder weniger.

Sie sind Verlierer selbst in Zeiten des Aufschwungs: Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sind die Nettolöhne von Geringverdienern zwischen 2000 und 2010 um bis zu

22 %

gesunken. ● IAP-FBA3X0

Franz Josef Degenhardt ist tot



Das für den 19. Dezember angekündigte und leider längst ausverkaufte Konzert im Berliner Ensemble mit zahlreichen KünstlerInnen (unter ihnen Konstantin Wecker, Barbara Thalhaim und Kai Degenhardt) wird ohne denjenigen stattfinden müssen, dem es anlässlich seines 80. Geburtstag gewidmet ist. Franz Josef Degenhardt, der am 3. Dezember 1931 geboren wurde, starb am 14. November im Kreis seiner Familie.

Seit den 1960er Jahren hat er wie kein anderer die linke Liedermacherszene bereichert. »Er war nicht die Stimme der Generation – er war ihr Gewissen«, heißt es zu Recht in einem Nachruf der taz. Aber nicht nur als Musiker mit hohem ästhetischen Anspruch und klarem gesellschaftskritischem Profil hat er sich einen Namen gemacht. Auch als Rechtsanwalt – er verteidigte u.a. APO-AktivistInnen und RAF-Mitglieder – und Kämpfer gegen die Wiederaufrüstung, den Vietnamkrieg, die Notstandsgesetze und die Berufsverbote ist er schon früh in Erscheinung getreten. Kein Wunder, dass ihn die SPD (der er 1961 beigetreten war) 1971 ausschloss – der Quickborner

hatte damals zur Wahl der DKP in Schleswig-Holstein aufgerufen, der er einige Jahre später auch beitrug und bis zu seinem Tod angehörte.

Der mehrfach ausgezeichnete Degenhardt hat rund 30 Alben veröffentlicht, die letzte (»Dreizehnbogen«) im Jahre 2008. Dazu kommen mehrere Liederbücher und insgesamt acht Romane, von denen zwei (»Zündschnüre«, erschienen 1974 und »Brandstellen«, erschienen 1978) auch verfilmt wurden. Am besten gedenkt Mensch seiner, indem er oder sie sich auf seine Website (<http://www.franz-josef-degenhardt.de>) begibt oder das eine oder andere Stück auflegt: »Deutscher Sonntag«, »Dies Land ist unser Land«, »Mit aufrechtem Gang« oder sein wohl bekanntestes Lied »Spiel nicht mit den Schmuttkindern« aus dem Jahr 1965. Wer sie nicht in seinem Plattenschrank, CD-Regal oder auf dem elektronischen Music-Player hat, kann sie und weitere auch andere auf Youtube (www.youtube.com) hören und sehen. Und natürlich auch auf eine Veranstaltung »mit den alten Liedern« in Hamburg hoffen!

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir in der Regel 14-täglich über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de oder heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg.